

Köln, 25. November 2004

Die grausame Ermordung des holländischen Publizisten Theo van Gogh durch einen fanatisierten marokkanischstämmigen Holländer hat Abscheu und Empörung über die Landesgrenzen hinaus hervorgerufen. Auch die "Föderation der Vereinigungen zur Förderung des Gedankenguts Atatürks in Europa" verurteilt auf das Entschiedenste diese Tat, für die es kein ethisches und auch kein religiöses Verständnis gibt.

Mit Sorge erfüllt die Mitglieder der Föderation, dass dieses Ereignis nicht nur Zorn auf die Person des Täters hervorgerufen, sondern auch und gerade in Deutschland die Debatte über Immigranten, insonderheit solche muslimischen Bekenntnisses, neu entfacht hat - mit eindeutiger Schlagseite zu Ungunsten der Betroffenen. In Berlin und München haben die Unionsparteien das undefinierbare Wort von der "deutschen Leitkultur" wieder hervorgezogen, welche über die Artikel des Grundgesetzes hinaus von allen Fremdstämmigen, die hier wohnen, übernommen werden müsse; weiterhin wird die "Multikultipolitik" für "grandios gescheitert" (Frau Merkel) erklärt und eine "Patriotismusdebatte" gefordert.

Selbst Patriotismus ist aber im Kontext mit dem Geschehen in Holland ein missverständlicher Begriff. Und wie nicht anders zu erwarten nehmen sich die Medien dieses Reizthemas an und geben Positionen Raum, welche in der Tat hier lebende Ausländer und nicht-deutschstämmige Mitbürger - in der Mehrzahl sind das Türken - mit Sorge erfüllen können.

Das Ärgernis besteht darin, dass diese Immigrantendebatte als von dem Geschehnis in Holland erzwungen in Erscheinung tritt, als ein Bestandteil der Terrorismusabwehr. Wenn diese Sehweise weiter gefördert wird, ist zu befürchten, dass Muslime, dass Türken schlechthin als mehr oder weniger radikale Helfershelfer bei der Zerstörung der deutschen, ja der abendländischen Kultur wahrgenommen werden.

Das entspricht, wovon sich die Verantwortlichen in Politik und bei Medien leicht unterrichten könnten, nicht einmal im Ansatz der Wirklichkeit: Um die Argumentation auf die in Deutschland lebenden Türken zu beschränken: Die neuesten Ergebnisse des Zentrums für Türkeistudien in Essen und eine Sonderstudie des Bundesinnenministeriums belegen, dass weitaus die meisten der immerhin 3,5 Millionen hier lebenden Muslime (davon ein Fünftel mit deutscher Staatsbürgerschaft), weit entfernt von kämpferischem Islamismus, die Integration bejahen - und dass selbst unter denen, die sich als traditionell-religiös bezeichnen, nur ein kleiner Bruchteil Abschottung in Wohnquartieren befürwortet.

(Dass es solche Quartiere gleichwohl gibt, muss auch als Versäumnis der deutschen Immigrationspolitik von Anfang an gesehen werden).

Und ein wahrlich augenfälliger Beweis für die Distanzierung vom Terrorismus war am 21. Oktober der Kölner Demonstrationszug von über 20.000 Türken von überall her in Deutschland. - Was unsere Föderation angeht, so hat sie über lange Zeit hin die deutschen Behörden (ohne viel Erfolg) vor fundamentalistischen Gruppierungen gewarnt, beispielsweise vor Metin Kaplans "Kalifatstaat". Und sie hat publizistisch gegen Gettoisierung gewandt, auch gegen Kopftuchtragen im Öffentlichen Dienst wegen des vorrangig politischen, die Frau zurücksetzenden Symbolwerts dieser Tracht.

Legt die Union auf diese Integrationsbereitschaft entgegen ihren Bekundungen keinen Wert? Jedenfalls sind ihre neuesten Forderungen, gerade in der Verknüpfung mit dem Geschehen in Holland, geeignet, die hier lebenden Türken zu entmutigen, gar mit Besorgnis zu erfüllen. Denn sie sind zugleich geeignet, eine latent immer noch vorhandene Fremdenfeindlichkeit im Lande zu reaktivieren. Will man aber Mölln, Solingen und Rostock zurück? Will man Huntingtons "Krieg der Kulturen" unbedingt herbeireden?

Am 17. Dezember wird in Holland über die Aufnahme von Verhandlungen mit der Türkei bezüglich ihres EU-Beitritts entschieden. Politische Kräfte, welche gegen diese überfällige

Weichenstellung sind, mögen eine Wiederverstärkung des Fremdheitsgefühls der Deutschen gegenüber den mit ihnen zusammen wohnenden Türken und damit gegenüber der Türkei für zweckdienlich erachten. Fernhalten der Türkei von der Europäischen Union würde aber noch zusätzlich die Integration der Türken in Europa erschweren.

Dursun ATILGAN
Präsident